Nr. 348. 35. Jahrgang. Einzelpreis 20 ₰ Mittwoch, den 17. August 1921. Abend-Ausgabe.

General-Anzeiger

für Elberfeld-Barmen

(Allgemeine Zeitung für Berg und Mark)

Elberfeld: Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Kaiserstr. 30. Fernsprecher Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.

Barmen: Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Neuerweg 57. Fernspr. für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4907.

Festgebrannte Ia Ziegelsteine hat laufend abzugeben Huth-Werke, Gevelsberg-Westf.

Hundeflöhe Bettflöhe

Jucksin

Schuhmacher-Artikel

Plattfuß

Hygiene

Hellmanns Heilanstalten

Schlechtsleiden

Sie schlechtes Haar

Hoff, Damenfriseur, Elberfeld, Erholungsstr.

Vorsicht!

Bis zum 15. Nov. zu konkurrenzlos billigen Preisen

Winkelmann, Elberfeld, Paradestraße 58.

Hilfe bei qualvollem, besonders unerträglich peinigendem

Hautjucken

Tee. Allein echt:

Elberfeld, Turnhof 4.

Radioaktive Hautcreme

Für Abbau der Sanktionen und Herabsetzung der Besatzungslasten.

Weitere Ausführungen Lloyd Georges im Unterhause. — Deutschland ist unfähig, neu zu rüsten. Die Orientfrage. — Der Hungertod in Rußland.

WTB **London**, 17. Aug. (Drahtb.) In seiner Rede im Unterhaus erklärte Lloyd George u. a. auch, daß neben der oberschlesischen Frage auch die

Frage der Sanktionen,

die Deutschland auferlegt seien, schwierig gewesen sei. Es bestehe kein Zweifel, daß die wirtschaftlichen Sanktionen nur gerechtfertigt seien, wenn Deutschland bessere Abmachungen abgelehnt hätte. Deutschland habe aber bessere Abmachungen angenommen und tue sein bestes, sie durchzuführen. Die Alliierten seien der Ansicht, daß eine Verlängerung dieser lästigen Zollgrenze unrecht sein würde, und seien daher übereingekommen, sie aufzuheben.

Bezüglich der **militärischen Sanktionen** seien die Franzosen der Ansicht, daß einige Bestimmungen des Friedensvertrages noch nicht vollkommen durchgeführt seien, insbesondere die der Entwaffnung. Die Franzosen schlügen daher vor, daß die militärischen Sanktionen noch einige Zeit aufrecht erhalten werden. Diese Frage werde einem militärischen Ausschuß, der seine Sitzungen in Paris abhalten werde, überwiesen werden, und es bestehe die Absicht, die Frage auf der nächsten Zusammenkunft des Obersten Rates zu behandeln. Es herrsche allgemein die Ansicht, daß die Zeit zu einer allmählichen Herabsetzung der Deutschland durch die Besetzung und die Kontrollkommissionen auferlegten Lasten gekommen sei. Die Ausgaben dafür verschlangen Schätze. Die Alliierten hätten genau soviel Interesse daran, wie die Deutschen selbst. Die Alliierten hätten sogar vom Standpunkt der Reparation ein unmittelbares Interesse daran. Augenblicklich hätten die Ausgaben für die Besatzung und die Kontrollkommissionen in Deutschland fast das gesamte Geld verschlungen, das für Reparationszwecke verfügbar sein könnte. Es herrsche kein Zweifel, daß dies auch ein Zustand dauernder Erregung sei.

Je eher Europa zu normalen Verhältnissen zurückkehre, um so besser sei es. Deutschland sei erschöpft und liege darnieder. Wenn Deutschland sich jedoch wieder erholt, würde die

militärische Besetzung und die Kontrollkommission immer lästiger werden.

Es würde dann auch die Gefahr von Zwischenfällen vorhanden sein. Die Alliierten haben beschlossen, einige Kontrollkommissionen allmählich soweit als möglich zu vermindern und bezüglich der Kosten für das Besatzungsheer eine Regelung zu treffen, die alle Teilnehmer befriedigen werde. Was die Sicherheit Frankreichs betreffe, könne er die Nervosität des französischen Volkes verstehen. Die Ereignisse seien noch in Erinnerung, die Frankreichs Besorgnisse vor den Folgen eines etwaigen neuen Krieges mit Deutschland berechtigten.

Die wahre Sicherheit Frankreichs hänge jedoch von drei Dingen ab. Erstens von der Entwaffnung Deutschlands. Darauf habe die deutsche Delegation bei allen Zusammenkünften des Obersten Rates bestanden. Zweifellos sei es vollkommen unmöglich, eine wirkliche Atmosphäre des Friedens zu erreichen, bevor sich Frankreich nicht vor der Gefahr jener großen Heere sicher fühlt, die ihm schweres Leid angetan hätten. Wenn jedoch diese Rüstungen einmal verschwunden sein würden, sei es unmöglich, Rüstungen heimlich anzustellen. Das nehme Zeit in Anspruch und komme immer ans Tageslicht. Nichts geschehe innerhalb des deutschen Reiches, was den Alliierten nicht bekannt sei. Kein einziges Schiff werde ohne Mitwissen der Alliierten vom Stapel gelassen und kein Geschütz auf diese Schiffe gestellt, von dem die Alliierten nicht Kenntnis erhielten. Das gelte auch für Frankreich. Deshalb könne Deutschland niemals etwas unternehmen, das mit seiner früheren überwältigenden Mehrheit vergleichbar sei.

Der zweite Umstand von dem die Sicherheit Frankreichs und Europas abhänge, sei der, daß Deutschland sich des Ruins bewußt werde, den der Krieg Deutschland selbst zugeführt.

Drittens hänge die Sicherheit Frankreichs davon ab, daß jedem Angreifer zum Bewußtsein gebracht werden müsse, daß es sich die ganze Welt zum Feinde mache, anfangs vielleicht Erfolg habe, schließlich den Ruin nur vergrößere, indem er die Folgen der Niederlage und die Strafe, die dem Angreifer zudiktiert werde, nur vergrößere.

Ueber die

griechisch-türkische Frage

sprechend, erklärte Lloyd George, der einzige Weg sei, beide Parteien ihren Kampf ausfechten zu lassen. Die Türken hätten zweifellos eine übertriebene Vorstellung von ihrer eigenen Tapferkeit und eine zu große Geringschätzung betr. der griechischen militärischen Leistungsfähigkeit. Die Griechen würden andererseits lernen, daß die griechischen Hilfsmittel beschränkt seien. Lloyd George erklärte: Der Krieg hat ein Verdikt, er zwingt zur Achtung vor den Tatsachen. Die Griechen wie die Türken würden leichter zu behandeln sein, wenn ihnen die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gründlich und deutlich zum Bewußtsein kommen. Es werde der Vertrag von Sèvres geändert werden müssen. Er hoffe, daß die Griechen nicht denselben Fehler begehen würden, den die Bulgaren 1913 machten, als sie nach einer Reihe glänzender Siege durch den blinden Ehrgeiz einiger Staatsmänner dazu bewogen wurden, auf übertriebenen Forderungen zu bestehen, die ihnen eine Menge Feinde machten und mit ihrem Fall endeten. Als aufrichtiger Freund Griechenlands hoffe er, daß die griechischen Staatsmänner nicht denselben unverzeihlichen Fehler wiederholen würden der sicher zum Verhängnis Griechenlands werden würde. Eine Mäßigung im Siege sei nichts weniger als der Sieg selbst. Ich gehe noch weiter und sage, ich glaube eine Mäßigung im Siege ist für eine Nation noch wichtiger als der Sieg selbst. Die vielen Tragödien findet man im Buche der Geschichte geschrieben, die aus dem Siege entstanden, der zu schlechtem Zweck mißbraucht wurde. Es würde für diese Nationen besser gewesen sein, wenn sie niemals gewonnen hätten. Lloyd George richtete die Mahnung an die griechischen Staatsmänner, ihre Forderungen nicht zu hoch zu setzen und eine Mäßigung im Siege an den Tag zu legen, die größere und größte Sicherheit einbringen werden, als es der gerechte Sieg tun könnte.

Lloyd George wandte sich sodann der Frage der russischen Hungersnot

zu, die furchtbarste Katastrophe seit Jahrhunderten, die die Welt betroffen habe. Es sei schwierig, Nachrichten zu erhalten. Zu seinem größten Leidwesen müsse er mitteilen, daß Nachrichten, die die Regierung soeben erhalten habe, auf eine furchtbare Katastrophe hinweisen. Soeben sei ein Telegramm von dem britischen Handelsvertreter in Moskau eingetroffen, welches besage, daß 35 Millionen hilfsbedürftiger Bewohner sich von den von der Hungersnot heimgesuchten Gebieten wandern, da sie einsehen, daß keine Möglichkeit besteht, daß eine Hilfe sie rechtzeitig erreichen könne, um sie vor dem Hungertod zu bewahren. In großen Massen wanderten sie nach verschiedenen Richtungen. Sie seien dem Tode geweiht. 30 vom Hundert seien Kinder. Zahlreiche Kinder werden von ihren Eltern dem Schicksal überlassen. Das sei die Lage, wie sie in einem soeben eingetroffenen amtlichen Telegramm geschildert werde.

Der belgische Finanzminister ist nicht zufrieden.

TU **Brüssel**, 16. Aug. (Drahtb.) Der Finanzminister Theunis erklärte einem Redakteur des „Le Soir", daß Belgien am 1. August nicht eine Milliarde Goldmark, sondern nur 550 Millionen erhalten habe, da 450 Millionen Goldmark an England zur Deckung der Besatzungskosten abzugeben waren. Er sagte ferner, daß für Belgien kein Grund bestände, über die in Paris erreichten Ergebnisse Viktoria zu schreien, es könne aber festgestellt werden, daß die ersten Zahlungen nahe bevorstehen und daß die Finanzoperationen Belgiens dadurch erleichtert werden.

Stresemann über die Lage.

Paris, 16. Aug. Der Berliner Berichterstatter des „Figaro" hatte eine Unterredung mit Dr. Stresemann, der folgendes geäußert haben soll:

Das Kabinett Wirth wurde gegen den Willen der Volkspartei gegründet. Die Haltung der Volkspartei gegenüber der Regierung wird von der Steuerpolitik abhängen. Man kennt das Steuerprogramm noch nicht genügend, aber die Volkspartei ist bereit, die auswärtige Politik des Kabinetts zu unterstützen, soweit diese sich auf die Ausführung des Ultimatums bezieht. Hierin sind die Parteien einig. Man hat die Bedingungen des Ultimatums angenommen, und wird sich bemühen, sie auszuführen. Wenn aber Dr. Wirth auf Anregung seiner sozialistischen Anhänger neue Steuern nur dadurch aufbringen will, daß er Privateigentum und Industrie übermäßig hoch besteuert, dann kann man ihm auf diesem Wege nicht folgen. Damit die deutsche Industrie Gewinn abwerfen kann, muß jeder Gedanke einer Sozialisierung, der gleichbedeutend mit Defizit ist, aufgegeben werden. Aber das wird Dr. Wirth der Gefahr aussetzen, die Unterstützung der Sozialisten zu verlieren. Er wird sich also in dem Dilemma befinden: entweder muß er Einnahmen ohne oder gegen die Industrie suchen. Es ist unmöglich, daran zu denken, daß man die dem Verband verpfändeten Summen mit Steuern auf Schmuckstücken oder auf das Vermögen finden könnte, oder indem man die Einkommensteuer noch erhöht. Nur eine weitblickende Steuerpolitik, die auf indirekten Steuern aufgebaut ist, wird die nötigen Einnahmequellen erschließen.

Dr. Stresemann sprach dann über die Haltung Deutschlands zu den Bundesmächten. Als 1914 der Krieg ausbrach, empfand man Haß gegen die Engländer, Verachtung für die Russen, aber Hochachtung für die Franzosen. Heute, nach zwei Friedensjahren, richtet sich die ganze Feindschaft Deutschlands gegen Frankreich, während seine Sympathien sich England zuwenden. Die Ursache dieser Wandlung ist die nüchterne Politik Lloyd Georges, der von Zeit zu Zeit das Gefühl der Niederlage bei den Besiegten durch siebenswürdige und geschickte Worte zu mildern versteht. Die französische Regierung scheint jeden Versuch einer Verschärfung durch die Kautelität ihrer Formen verhindern zu wollen. Die französische Slawenpolitik ist für Deutschland unverständlich. Sie unterstützt Polen. Man kann nicht gleichgültig der Freund Polens und der Verbündete Rußlands sein, die einander hassen und eines Tages in Krieg geraten werden. Dr. Stresemann fragt, ob Frankreich Polen retten könne, wenn dieses von 120 Millionen Slawen bedroht sein werde. Er fragt weiter, was mit dem Danziger Korridor geschehen werde. Die Franzosen könnten sich nicht vorstellen, welche Reibungen für Deutsche und Russen sich dort täglich ereignen. Man sei ständig den Quälereien polnischer Beamter ausgesetzt. Briand hatte in seinen letzten Reden, schloß Stresemann, einen etwas versöhnlicheren Ton angeschlagen, der in Deutschland einen günstigen Eindruck gemacht hat. Es wäre aber gut, wenn man in Frankreich die so opportunistische Politik Lloyd Georges beachtete, der sich von gefühlsmäßigen Erwägungen nicht in Verlegenheit bringen läßt, und dem es innerhalb zweier Jahre gelungen ist, die deutsche öffentliche Meinung für sich günstig zu stimmen.

Amerika setzt sich durch.

WTB **Kopenhagen**, 16. Aug. (Drahtb.) Nach einer Meldung aus Helsingfors hat die russische Regierung ein Dekret erlassen, daß den amerikanischen Bürgern gestattet wird, Rußland zu verlassen. Dieser Schritt wird als Erfüllung einer der Bedingungen der amerikanischen Regierungskommission betrachtet.

Die lachende Maske.

Roman von Paul Oskar Höcker.

(Nachdruck verboten.)

Das kleine Bergwirtshaus, in dem Thomas übernachten hatte, war billig, niemand belästigte ihn da, — er hatte sein bißchen Nachtzeug schon droben gelassen, nun wollte er noch ein paar Einkäufe machen, das Notwendigste an frischer Wäsche, und sich dann in Quartier geben.

Abends saß er mit der noch druckfeuchten Zeitung auf der Bank an der „Aussicht". Das schöne Bild des Sonnenuntergangs, der den Himmel in allen Regenbogenfarben spielen ließ, fesselte ihn heute aber nicht. Er hatte in den Nachrichten aus dem Theaterbureau eine Mitteilung gefunden, die sein Herz doch wieder mächtig in Unruhe brachte: Eine komische Oper sollte die nächste Novität des Neuen Operettentheaters bilden!

Wie war es nur möglich? Was fiel der Gesellschaft ein? Etwas wie Trotz regte sich in ihm.

Am andern Morgen wanderte er richtig wieder nach dem Theater. Er wollte erfahren, wer der Leiter der Proben war.

Wer vermaß sich, sein Werk herauszubringen, ohne daß er die letzte Hand daran gelegt hatte? Den Kerl wollte er sehen!

Das himbeerfarbene Haus lag heute still da. Ein paar Fenster standen auf, aber man hörte keine Musik.

Thomas Brandt ging durch eine Nebenstraße nach dem kleinen Platz vor dem Theater. In der Gartenwirtschaft nebenan saßen zuweilen Musiker oder Darsteller, wenn eine Pause in der Probe gemacht wurde.

Heute war auch hier alles wie ausgestorben.

Er trat in den Garten ein, setzte sich in den Eingang zur Kegelbahn, in den Schatten, und begann mit der Kellnerin, hernach mit dem Wirt ein Gespräch.

Nein, Josettis Truppe spielte nicht mehr hier, sie sei schon gestern abend ins Hoftheater übergesiedelt. Der Direktor sei in den Nachmittag eingetreten, den das inzwischen aufgelöste Londoner Ensemble mit der Hoftheaterverwaltung abgeschlossen habe.

„Ha no," sagte der Wirt, „er ischt net gering stolz, der Josetti, daß er mit seine Leut in unser blitzsauberes Hoftheater einziege darf. Mir kriege dafür die Elsäßer her. So klein ischt er gewese, wo die G'schäfte schlecht gegange sin, aber jetzo ischt er der große Herr. Ha no, es war halt sein Glück, daß er die Brandt in sein Ensemble 'rein gekriegt hat. Ohne die hätt' er einpacke könne. Aber die schafft's. Hawwe Se se noch net gesehe? Die Jägerrosel macht se als. Soll ischt der Schlager von dere ganze Saison."

Ueber das neue Stück war der redselige Wirt weniger orientiert. Die Musiker hatten bloß gesagt, der Kapellmeister sei wütend, daß es ein andrer einstudieren solle. Argen Krach habe es im Theater deswegen gegeben. Aber wie der Neue heiße, das wisse er nicht.

In der Zeitung stand es indes schon.

Thomas Brandt traute seinen Augen nicht, als er's las.

Forschner war's!

Es gelüstete ihn ordentlich, in den Probesaal einzudringen und den jungen Frechdachs vom Klavier wegzujagen.

Solch ein blutiger Anfänger, solch ein Milchkind wagte es, seine Skizzen vorzunehmen und danach die Partitur fertigzustellen. Und Hella erlaubte es, hatte es wohl gar selbst so eingeleitet.

Was dachten sie sich nur? Glaubten sie etwa, er würde es in der Zeitung lesen und dann gleich atemlos angestürzt kommen...

„Ich will nicht, will nicht, will nicht!" stieß er aus, warf die Zeitung weg und verließ trotzig die Wirtschaft.

Ein paar Tage lang lebte er nun ganz einsam und weltverloren in seinem bescheidenen Asyl.

Aber sobald er wieder einmal nach Baden kam, trieb es ihn doch wieder, nach allen Zeitungen zu greifen, denen er habhaft werden konnte. Und eifrig studierte er nun die Nachrichten über sein Werk.

Josetti sorgte schon für eine eifrige Reklame. Er nutzte nicht nur das künstlerische Renommee aus, das Thomas Brandt in der musikalischen Welt unbedingt besaß, sondern er wußte es auch, das öffentliche Interesse immer wieder auf das tragische Schicksal des Komponisten hinzulenken, der durch den Irrtum eines Nichtsollegiums aus einer glänzenden Künstlerlaufbahn herausgerissen, in Nacht und Elend geschleudert worden war. Auch die großen ausländischen Blätter brachten Notizen über den Fortgang der Proben, über die neuen Kostüme, die neuen Dekorationen. Die Mitteilung, daß die Gattin des Komponisten die Hauptrolle spielen würde, mußte natürlich das allgemeine Interesse steigern: die junge Soubrette hatte ja allabendlich einen so starken Erfolg.

„Ich muß hören, was sie daraus gemacht haben", sagte er zu sich.

So oft es morgens die neunte Stunde schlug — die Zeit des Probebeginns —, konnte er sich kaum mehr halten.

Aber dann ward der Trotz immer wieder Herr über sein Verlangen, hinzustürmen.

Einmal stand er schon im Vestibül des schmutzlosen Hauses.

Doch als der Portier kam und ihn fragte, ob er zum Billettschalter wolle, verließ er die Halle wieder, ohne eine Silbe zu erwidern.

Nun schämte er sich seiner Neugierde.

* * *

Mit fieberhafter Anspannung aller Kräfte ward geprobt. Josetti glaubte nun selbst an einen Erfolg. Die Presse schien seinem Vorhaben günstig gegenüberzustehen, das bedeutete ihm schon viel. Er kam in den Geruch, ein Mäzen zu sein, ein Alt Mäcen — aber auch ein kühner Entdecker. Es gab keine Post, bei der er nicht zu allererst nach den Tageszeitungen gefragt hätte. Mit einer Art Gier suchte er sie, welche der Blätter die Reklamenotizen aus dem Theaterbureau unverkürzt aufgenommen hatten.

Aber auf den Proben gab es noch viel Aerger.

Forschner machte seine Sache nicht schlecht, immerhin war da mit allerhand Intrigen zu rechnen.

Als er dem Personal vorgeführt worden war, hatte der pünktige Kapellmeister einen Wutanfall bekommen und hatte im Stimmzimmer drohend verkündigt: nun werde er die Kabinettsfrage stellen. Er rannte auch gleich darauf ins Bureau. Aber die Kabinettsfrage stellte er doch nicht, er zog es vor, sich mit Forschner äußerlich zu vertragen. Der Regisseur meinte pfiffig schmunzelnd: im Laufe der Zeit würde sich schon die Gelegenheit zu kollegialen Aufmerksamkeiten finden.

Hella merkte das bald.

Eine unüberwindbare Arbeitswut erfüllte Forschner, obwohl er den Kopf voller Sorgen hatte, voller Aerger mit den Solisten und mit dem Orchester. Einige Musiker machten sich immer wieder den Scherz, falsch zu spielen, um den ihnen aufgezwungenen Kapellmeister „auf die Probe zu stellen". Die Solisten wieder demonstrierten wegen der Bevorzugung, die Josettis „Liebling" erfuhr.

Hella überhörte all die hämischen Bemerkungen. Schmerzlich war's nur, erleben zu müssen, daß einige der reizvollsten Ensembles von den Kollegen mit so herausfordernder Gleichgültigkeit heruntergesungen wurden. Mit wirklicher Teilnahme waren eigentlich nur ein paar ältere Orchestermitglieder, Chorsänger und Vertreter des Kleineren Fachs bei der Sache. Denen gefielen die prickelnden Melodien, die pikanten Rhythmen.

(Fortsetzung folgt.)

Folgen des Verfalls des Verkehrswesens

TU. Stockholm, 16 Aug. (Drahtb.) Aus Helsingfors wird gemeldet: In dem Hungergebiet Rußlands herrscht volle Anarchie. Die dorthin abgesandten Lebensmittelzüge werden angehalten und unterwegs ausgeraubt. Die lokalen Organisationen des Verpflegungskommissariats requirieren die für die Bevölkerung entsandten Lebensmittel für eigene Zwecke und machen jede von Moskau organisierte planmäßige Hilfe unmöglich. Als Durchgangsstraßen für andere Gouvernements bestimmte Lebensmittel werden von den Kommunisten eigenmächtig angehalten und der wertvollsten Güter beraubt. Das dadurch entstehende Chaos spottet jeder Beschreibung. Diese Zustände, sowie der zunehmende Verfall des Transportwesens werden jede von außen kommende Hilfe unmöglich machen. Außerdem soll ein Geheimbefehl der Räteregierung bestehen, die aus dem Auslande kommenden Lebensmittel für die Rote Armee zu requirieren. Hauptsächlich sollen die Lebensmittel in diejenigen Hungergebiete geleitet werden, die dem Kommunismus noch treu ergeben sind.

Die Hungersnot in Rußland.

TU. Warschau, 17. Aug. (Drahtb.) Wie die polnischen Blätter melden, sind die Gouvernements Minsk und Mohilew von hungernden russischen Einheiten überfüllt, die über die polnische Grenze vorzudringen versuchen. Es ist bereits mehreren Tausenden von ihnen gelungen, die Grenze zu überschreiten.

Deutsches Reich.

Zur Lage.

BB Berlin, 17. Aug. (Drahtb.) Gestern nachmittag fand eine Besprechung der Parteien mit dem Reichskanzler statt, an der sämtliche Fraktionen, außer den Deutschnationalen und den Kommunisten teilnahmen. In dieser Besprechung wurde die allgemeine innen- und außenpolitische Lage erörtert, bei der die oberschlesische Frage und die neuen Steuervorlagen der Regierung einen breiten Raum der Debatte einnahmen. Dem „Vorwärts" zufolge sei man darüber einig gewesen, daß bei der augenblicklichen Teuerung ein Ausgleich der Teuerungszuschüsse für die Beamten und Arbeiter geschaffen werden müsse.

Ueber den Zusammentritt des Reichstages ist zwischen der Reichsregierung und dem Reichstagspräsidenten Löbe vereinbart worden, an dem 6. September, dem ursprünglich in Aussicht genommenen Termin festzuhalten und wegen der oberschlesischen Frage keine Zwischenvertagung abzuhalten. Für den Fall, daß die Steuervorlagen am 6. September noch nicht im Reichstage vorliegen sollten, sollen zuerst die Teuerungslöhne der Arbeiter und Angestellten besprochen werden.

Sozialdemokratischer Parteitag.

BB Berlin, 17. Aug. (Drahtb.) Laut „Vorwärts" hat der Parteivorstand der S. P. D. seinen nächsten Parteitag auf den 18. September nach Görlitz zusammenberufen. Am 17. September findet daselbst eine Frauenkonferenz der sozialistischen Parteien statt.

Kardinal Faulhaber gegen die „Berliner Verrücktheit".

München, 16. Aug. Bei dem Gedächtnistag der ehemaligen Angehörigen des bayrischen Infanterie-Leibregiments in München, über den wir schon berichteten, machte Kardinal Faulhaber als Festprediger einige Aeußerungen, die wegen ihrer scharfen Gegensätzlichkeit zu Berlin Aufsehen erregen. Er sprach von dem „starken Willen auf sittlichem Gebiete", der „zu rechter Bayernart ebenso gehöre wie der Gottesglaube". Er wies auf die Tugenden des Trinkens hin, wobei er einen Vergleich aus der Heiligen Schrift benutzte, und fuhr dann fort: „Weiter hat München nicht gewußt, bis es wie Berlin das Ideal bekommen habe, als ob wir jede Berliner Verrücktheit mitmachen müßten." Es ist auch Gottes Wille, daß jeder Stand seinen Fleck Erde bebaut, wie er will, und da muß es auch den Bayern überlassen bleiben, nach bayrischer Art die Scholle zu bebauen. Aber Bayernhöfe werden verkauft, Getreide und Futter werden außer Landes verwuchert und verschoben, und die Schule soll nach obendrein nach preußischem Muster umgestaltet werden. Der Bayernstolz muß sich das Recht wahren, und wenn es auch sein muß, mit bayrischer Dickköpfigkeit, nach bayrischer Art zu leben, nach dem Vorbild und dem Glauben der Väter."

Hierzu bemerkt die „B. Z. a. M.": „Wir verlangen durchaus nicht, daß Bayern jede „Berliner Verrücktheit" mitmacht, sondern lassen ihm im vollen Vertrauen auf seine eigene produktive Tätigkeit in dieser Richtung selbständig und friedlich das Recht, auf seine Fasson selig zu werden. Aber daß jetzt sogar schon der bayrische Bierverbrauch auf den unnatürlichen Einfluß Berlins zurückzuführen sein soll, das hätte sich auch der verrückteste Berliner nicht träumen lassen."

Zur Beschränkung der bayrischen Getreideausfuhr.

TU. München, 16. Aug. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" erfahren, hat die Reichsregierung gestern abend auf das Telegramm des Ministerpräsidenten v. Kahr betreffend die Beschränkung der Getreideausfuhr aus Bayern eine ablehnende Antwort erteilt. Es werden nochmals die Gründe ausführlich dargelegt, die es der Reichsregierung unmöglich erscheinen lassen, den Wünschen der bayerischen Regierung zu entsprechen.

Reformationsgedenkfeier.

TU Stuttgart, 17. Aug. (Drahtb.) Mit dem zweiten evangelischen Kirchentag, der in den Tagen vom 11. bis 15. September in Stuttgart stattfinden soll, wird eine Reformationsgedenkfeier verbunden werden, die bekanntlich im Jahre 1917 des Krieges wegen verschoben werden mußte. An 30 ausländische evangelische Kirchen sind Einladungen dazu ergangen.

Die unruhigen Helgoländer.

TU Helgoland, 16. Aug. (Drahtb.) Der Regierungskommissar für Helgoland, Kroening, hatte am Montag eine Bekanntmachung anschlagen lassen, in der er die Berliner Blättermeldungen, wonach die endgültige Lösung der Helgoländer Steuerfrage dem Reichstage überlassen bleiben soll, dementiert. Gestern Zusammenrottungen auf den Straßen Helgolands gaben dem Regierungskommissar Anlaß, die Schupo aufzubieten. In Versammlungen faßten die Helgoländer die Entschließung auf sofortige Abberufung des Regierungskommissars.

Aus dem besetzten Gebiet.

Mainz wird Sitz des französischen Armeebischofs.

TU Mainz, 16. Aug. Die Ankunft des französischen Armeebischofs für die französische Rheinarmee, der seinen Sitz in Mainz erhalten wird, soll demnächst erfolgen. Zurzeit werden die Räume für ihn hergestellt. Man ist in Mainz über diese neue Belastung des Wohnungsmarktes erbittert, denn dem Bischof soll ein umfangreicher Verwaltungsapparat folgen, der viele Räume beanspruchen. Die Schaffung dieses Postens bedeutet nur eine weitere Erhöhung der Besatzungskosten und wirft außerdem die Frage auf, ob der Armeebischof auch die 10000 Farbigen zu betreuen hat oder ob diese demnächst auch noch einen protestantischen Soldatenpfarrer auf Kosten Deutschlands verlangen werden.

Beschränkte Franzosenfreundlichkeit.

TU Mainz, 16. Aug. Der städtische Oberregierungsrat hatte dem bisher einzigen Mainzer Hauptschule, Rektor Dr. Jäger, schon vor Monaten die Schriftleitung der Verbandszeitschrift „Hessische Schulwarte" entzogen, weil er der Lehrerschaft wegen seiner Franzosenfreundlichkeit aufgefallen war. Die hessische Regierung wollte Dr. Jäger einen anderen Wirkungskreis zuweisen. Als es sich darum handelte, ihn in Pension versetzen zu lassen, lehnte er diese Versetzung nicht ab. Dr. Jäger mußte auf Verlangen der Franzosen wieder in seinen alten Dienstbereich eingewiesen werden.

Lehrerkontrolle.

TU Mainz, 16. Aug. Auf Anordnung der Besatzungsbehörde werden jetzt in den Schulen Wiesbadens Aufnahmen über die Personalien, wie Geburtsort usw., angestellt. Der Zweck der Maßnahme ist vorläufig unbekannt.

Umgegend und Nachbargebiete.

Verurteilung eines kommunistischen Grabschänders.

ck Remscheid, 16. Aug. Bei der Beerdigung eines Schutzbundes auf dem Hilgenhausener Friedhof, an der auch die Mitglieder unter der Führung ihres Vorsitzenden teilnahmen, hielt der den kommunistischen Namen angehörende Schlosser Franz M. von hier am offenen Grabe eine Hetzrede und beschimpfte dabei auch die christliche Kirche. Deswegen wurde er jetzt vom hiesigen Schöffengericht zu 5 Tagen Gefängnis verurteilt.

Theater und Wohnungsnot.

ck Remscheid, 16. Aug. Das Remscheider Stadttheater wird am 9. September unter der Leitung des neuen Intendanten Müller-Wulla vom Bandhoftheater in Schwerin seine diesjährige Winterspielzeit eröffnen. Große Schwierigkeiten bieten aber vorläufig noch bei der hier herrschenden großen Wohnungsnot die Unterbringung der zahlreichen neuverpflichteten Mitglieder. Trotz aller Bemühungen ist es bisher nicht gelungen, eine ausreichende Anzahl möblierter Zimmer zu beschaffen.

Verbandstag christlicher Textilarbeiter.

c. Mönchen i. G., 16. Aug. Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter, der über 150 000 Mitglieder zählt, hielt hier seine diesjährige Verbandstagung ab. Die Tagung war von Delegierten und Behörden so stark vertreten, wie keine andere vorher. Der Verbandsvorsitzende, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Otto-Düsseldorf, leitete die Verhandlungen und wies eingangs auf die Bedeutung der Arbeiterbewegung beim Wiederaufbau und bei der Wiederherstellung hin. Diözesanpräses Gutmann-München besprach in warmherzigster Weise das brüderliche Verhältnis zwischen konfessionellen Arbeiter- und Arbeiterinnen-Vereinen und den christlichen Gewerkschaften. Der Vertreter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und Schriftleiter des Zentralorgans, Jansen-Köln, gemeinsam mit seinen Ausführungen über das Gesamtwochen und die Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung großen Beifall. Die christliche Gewerkschaftsbewegung mit ihren 2 Millionen Mitgliedern habe eine große Mission in Deutschland zu erfüllen, sie sei die Trägerin des Gedankens der deutschen Volksgemeinschaft. Der Verbandsvorsitzende Otto erstattete dann den Geschäftsbericht und stellte mit Genugtuung den wachsenden Einfluß der Arbeiterschaft im Wirtschaftsleben fest. Der zweite Vorsitzende Hahnenbach-Düsseldorf besprach die Lohn- und Tarifbewegungen. In der Besprechung des Geschäftsberichts wurde eine Entschließung über Recht und Gerechtigkeit in Oberschlesien angenommen. Referate wurden gehalten über Presse und Bildungswesen vom Schriftleiter der Textilarbeiterzeitung, Müller-Düsseldorf, und über Aufgabe und Bedeutung des Arbeiterjugendsekretariats von Fräulein Hölpgens-Düsseldorf.

Lokales.

Elberfeld, 17. August.

ch— Neubauten sind grundsätzlich von der Beschlagnahme befreit und unterliegen, worauf das preußische Wohlfahrtsministerium erneut hinweist, nach dem Entwurfe eines Reichsmietengesetzes nicht der Höchstpreisfestsetzung.

e.— Personliches. Zum ersten Kaplan an St. Maria Himmelfahrt in Köln wurde Kaplan Burgmer von St. Marien in Elberfeld ernannt.

e.— Die Anmeldungen junger Mädchen, die alljährlich durch den Zweigverein Barmen (Abt. III) des Vaterländischen Frauenvereins erfolgt, findet in diesem Jahre am 22. Oktober statt. Nur Barmer Familien, bei denen die Mädchen 5, 10, 20, 30, 40 und 50 Jahre in Barmen im Dienste gestanden haben, werden gebeten, dieselben bis zum 15. September, mit Angabe des Geburtsortes und des Tages des Dienstantritts anzumelden.

Barmen, 17. August.

b.— Ernteschutz. Die Orts-Polizeiverordnung vom 2. 7. 17 wird in Erinnerung gebracht, wonach das Betreten von bestellten Ackern, Feldern und Gärten in der Zeit von abends 11 Uhr bis morgens 5 Uhr, auch dem Eigentümer, Pächter oder Nutznießer, verboten ist. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafen von 1 bis 30 Mark, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

b.— Jubiläum. Auf eine 25jährige Tätigkeit bei der Firma Gebr. Rothschild, Barmen, konnte der Handwirker Oswald Wülfrath, Buchenstraße 45, zurückblicken.

b.— Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband. Am gestrigen Tage fand im bestbesetzten Saale der „Glocke" die Monatshauptversammlung der Ortsgruppe Barmen des Deutschen Handlungsgehilfenverbands statt, in der Geschäftsführer Werner, Elberfeld, über die allgemeine Not, insbesondere jedoch über die Notlage der kaufmännischen Angestellten in längeren Ausführungen sprach. Er legte im allgemeinen fest, daß unsere große Volksnot trotz des auf die Aufstellungen des sogenannten „Friedensvertrages" zurückzuführen ist und betonte insbesondere die Bedeutung der Kaufmannsgehilfen in unserer Gesamtwirtschaft, auf denen zweifelsfrei, genau wie in früheren Jahren, die Hauptaufgaben zum Wiederaufbau in weitestem Maße ruhen. Aus diesem Grunde dürfen bei den kommenden Tarifverhandlungen, die durch die bezeichnete Teuerungswelle bedingt sind, nicht wie bisher Gehaltsfestlegungen nach dem sogenannten „Existenzminimum" stattfinden. Die Bewertung der Leistungen muß unter allen Umständen entsprechend unserer Bedeutung im Wirtschaftsleben auch in der Gehaltsbezahlung zum Ausdruck kommen, damit endlich der sozialpolitischen Verelendung unseres Berufes und Standes Einhalt geboten wird. Die einsetzende sehr rege Aussprache brachte zum Ausdruck, daß den Verhandlungskommissionen aufgegeben sei, mit allem Nachdruck diese Forderungen der Angestelltenschaft zum Ausdruck zu bringen und dafür zu sorgen, daß entsprechend den teueren Lebensverhältnissen auskömmliche Gehälter festgelegt werden. Man rechnet damit, daß es allerdings auch den ganzen Arbeitgebern zum Bewußtsein gekommen sein muß, daß mit den bevorstehenden Gehältern eine Aufbesserung nicht mehr möglich ist und erwartet, daß dieser Erkenntnis bei den kommenden Tarifverhandlungen Rechnung getragen wird.

b.— Ermittelter Friedhofsdieb. In den Monaten März, April und Mai dieses Jahres wurden von Gräbern des Friedhofes an der Schillerstraße fortgesetzt Blumenkästen, Blumen usw. sowie in einem Falle eine wertvolle Vase mit Stadel gestohlen. Der Dieb ist jetzt ermittelt worden. In seiner Wohnung wurden vier Blumenkästen und die gestohlene Vase vorgefunden, die den rechtmäßigen Eigentümern zurückgegeben wurden. Bei dem gemeinen Diebe handelt es sich um einen gewissen Hermann G. ir.

Kunst und Wissenschaft.

Der Orden pour le mérite für Wissenschaften und Künste. In einem Artikel der „Voss. Ztg." richtet der Kanzler des Ordens pour le mérite Adolf v. Harnack an das preußische Staatsministerium eine Anfrage, weshalb sie die vorgenommenen Neuwahlen für die verstorbenen Mitglieder Klinger, Schaper, Tuaillon usw. nicht bestätige. Neun Monate schon seien seit der Eingabe der neuen Liste verstrichen, ohne daß eine Stellungnahme zu ihr erfolgt sei. Der Orden bestehe zurzeit nur noch aus 20 anstatt aus 30 Mitgliedern, und unter ihnen befänden sich nur noch 4 Künstler. Die Geschichte des Ordens, so schreibt der Kanzler, dürfe doch nicht mit der seltsamen Grabschrift endigen: Die Republik hat den Mut gehabt, diesen Orden gelten zu lassen, aber sie besaß nicht den Mut, ihn leben zu lassen.

Vermischtes.

Entsetzliche Folgen eines Blitzschlages.

Oldenburg, 17. Aug. (Drahtb.) In Bechtern wurde ein Ehepaar, das vor der Haustür saß, von einem Blitz erschlagen. Bei dem Brande, den der Blitz im Hause entzündete, fanden die beiden Kinder des Ehepaares den Tod.

Das Grab der Kaiserin.

Im Park von Sanssouci wurde im antiken Tempel, der Grabstätte der früheren Kaiserin, ein Sarkophag aus schlesischem Marmor aufgestellt, in den der Sarg der Kaiserin gesetzt wurde. Der Sarkophag ist ohne jede Verzierung gehalten.

Pestfälle in Paris.

GA Paris, 17. Aug. (Eig. Drahtb.) Wie „Petit Journal" meldet, sind in Paris im Juli drei Pestfälle festgestellt worden. Die Erkrankten sind aber sämtlich wieder hergestellt. Anfangs August wurde ein neuer Pestkranker in ein Krankenhaus eingeliefert, dessen Zustand sich inzwischen aber gleichfalls wesentlich gebessert hat. Wie der Direktor der öffentlichen Gesundheitspflege bekannt gibt, ist für die Bevölkerung kein Grund zur Beunruhigung vorhanden.

Zum Tode des Schützers Aft.

In Radbruch bei Wesen ist, wie schon gestern gemeldet, der bekannte Schützer Aft gestorben. Bekanntlich ging vor einer Reihe von Jahren schon einmal die Nachricht von seinem Tode durch die Blätter, sie stellte sich damals aber bald als „ein wenig übertrieben" heraus. Schäfer Aft hat es durch seine „Wunderkuren" mit ein paar ganz harmlosen Mittelchen, für die er Tausende von Reichsmark und Rittergutsbesitzer gebracht und konnte sogar seinen Sohn studieren lassen — Medizin natürlich.

Letzte Telegramme.

Lloyd Georges Rede und die Presse.

GA Paris, 17. Aug. (Eig. Drahtb.) Von den Pariser Morgenblättern äußern sich bisher nur „Echo de Paris" und „Journal" zur gestrigen Unterhausrede Lloyd Georges. Pertinax schreibt, daß Lloyd George absolut darauf zu halten scheine, Frankreich wissen zu lassen, daß er in der oberschlesischen Frage die deutsche Sache aus historischen, wirtschaftlichen und anderen Gründen zu der seinen gemacht habe. Auch das „Journal" unterzieht die Rede Lloyd Georges einer scharfen Kritik. Seine Rede, so führt das Blatt aus, beweise, daß er in derselben Geistesverfassung geblieben sei, in der er Paris letzten Freitag verlassen habe. Nicht damit zufrieden, seine eigenartigen historischen, aus Konversationslexikon geschöpften Kenntnisse zu wiederholen, habe er sich sogar erkühnt, dem Rat des Völkerbundes einen Weg zu seinen Arbeiten vorzuschreiben. Man dürfe sich nicht wundern, wenn Lloyd George wünsche, die Lösung des oberschlesischen Problems unendlich aufschieben zu können. Aber die Sicherheit Frankreichs mache sich der englische Premierminister keine Sorge, auch nicht darüber, ob Deutschland aus dem Industriegebiet Oberschlesiens eine Waffenschmiede schaffe. Der Fall sei ja im Vertrag von Versailles nicht vorgesehen. Außerdem vertrete er die Ansicht, Deutschland könne ohne Willen der Verbündeten keine großen Rüstungen vollführen. Für das „arme geschwächte und kraftlose Deutschland" habe Lloyd George ein Mitleid, das fast an Sympathie grenze. Das Blatt hofft zum Schluß, daß Briand in kurzem Gelegenheit finden werde, die etwas kühnen Behauptungen seines englischen Kollegen richtig zu stellen.

WTB London, 17. Aug. (Drahtb.) Die Presse stimmt den gestrigen Ausführungen Lloyd Georges zu. „Daily Chronicle" schreibt: Die Entente würde weiter bestehen, da sie nicht nur für Großbritannien und Frankreich, sondern für die ganze Welt notwendig sei. Die „Times" heben in außerordentlich ernsten Tönen den starken Wunsch Lloyd Georges hervor, den Frieden Europas in enger Zusammenarbeit mit den Alliierten aufrecht zu erhalten und zu äußern, es sei recht klar, daß die Entente aus den letzten Verhandlungen in Paris gestärkt hervorgegangen sei. Die Wahl eines etwaigen Schiedsrichters für Oberschlesien sordere peinliche Erwägungen. Dessen Nationalität und dessen Stellung würden wichtige Faktoren für die Autorität der Entente bilden.

Die Verstärkung der oberschlesischen Truppen.

GA Genf, 17. Aug. (Drahtb.) Die „Straßburger Neue Zeitung" meldet aus Paris: Die französische Regierung hat die Verstärkung der französischen Garnisonen in Oberschlesien um ein Drittel ihres Bestandes angeordnet, zur Sicherheit der Besatzungsarmee. Aus Mainz wird gemeldet, daß am Montag zwei französische Oberschlesierzüge mit Verstärkungen Mainz verlassen haben.

Noch ein Interpellationsgrund.

WTB Paris, 17. Aug. (Drahtb.) Wie „Echo de Paris" heute mitteilt, richtete Maurice Barrès an Briand ein Telegramm, in dem er ihm eine Interpellation wegen der Gründe ankündigt, die die Regierung veranlaßt hätte, die Aufhebung der Rheinzollinie vorzuschlagen, bevor Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe.

Die französischen Finanzpläne für 1922.

GA Paris, 17. Aug. (Eig. Drahtb.) Der Finanzminister hat den Entwurf zum Budgetgesetz über die wieder einzubringenden Ausgaben für 1922 nunmehr zur Verteilung gebracht. Unter den Einnahmen nimmt die von Deutschland zu leistende Entschädigung mit rund 4½ Milliarden Franken den ersten Platz ein. Andererseits zeigen die Positionen für Pensionen einen bedeutenden Rückgang gegen 1921, indem hierfür nur 405 988 970 Franken gegen 1 547 526 700 Franken im Vorjahre verlangt werden. Im Abschnitt „Befreite Gebiete" ist eine Reduzierung von 455 Millionen Franken vorgenommen worden. Doumer erklärte namens der Regierung, daß es gelingen müsse, das Jahr 1922 durchzuführen, ohne zu Staatsanleihen zu greifen. Der Staat werde nur nötig haben, Kredite in Anspruch zu nehmen, wenn es sich darum handle, die schwebende Schuld zu konsolidieren. Aber, so schließt der Bericht Doumers, die Ausführung dieses Programms verlange vor allem, daß Deutschland seine Verpflichtungen pünktlich erfülle. Die uneingeschränkte Ausführung des Vertrages von Versailles ist die Grundlage zum finanziellen Wiederaufbau Frankreichs.

Die Danziger Bahnen Polen zugesprochen.

Danzig, 16. Aug. (Drahtb.) Da bei den Verhandlungen zwischen Danzig und Polen über das Eigentum und die Verwaltung der Eisenbahnlinien im Gebiet der freien Stadt Danzig sowie im Hafenausschuß zwischen den Danziger und polnischen Mitgliedern über die Auslegung des Begriffs der Hafenbahn keine Einigung erzielt werden konnte, hat der Oberkommissar des Völkerbundes, Haling, entschieden, daß die Vollbahnen außer den Hafenlinien an die Polen überwiesen werden und die Verwaltung in polnische Hände geht. Selbst die Eisenbahnlinien und Straßenbahnen, die in erster Linie dem Bedürfnis der freien Stadt Danzig dienen, sowie die vorhandene Schmalspurbahn und Straßenbahn im Gebiete der freien Stadt Danzig mit den dazu gehörigen Grundstücken, einschließlich der Grundbuch der Eisenbahndirektion, gehören auf Grund des Artikels 25 der Konvention den Polen. Das Eigentum, die Verwaltung usw. der bestehenden Eisenbahnen, die besonders dem Hafen dienen, gehören dem Hafenausschuß.

„Republik Fünfkirchen".

WTB Belgrad, 17. Aug. (Drahtb.) Zu der Ausrufung der Republik Fünfkirchen wird noch gemeldet, daß die Arbeiter erklären, daß sie entschlossen sind, die Bergwerke zu vernichten, in den Fall, daß der Bezirk unter ungarische Herrschaft kommen sollte. Sie fürchten, unter der ungarischen Militärdiktatur zu werden.

Pacific-Konferenz und Wohnungen.

GA Paris, 17. Aug. (Eig. Drahtb.) „Le Journal" meldet aus Washington, daß die Washingtoner Behörden in großer Verlegenheit sind, da sie genügend Wohnungen finden, um die verschiedenen Delegationen unterzubringen. Die japanische Regierung hat bereits mitteilen lassen, daß für ungefähr 200 Personen ein Unterkommen zu beschaffen wäre. Japan hat gebeten, zwei große Hotels für seine Delegierten zur Verfügung zu stellen.

Streik in der Lille Textilindustrie.

GA Paris, 17. Aug. (Eig. Drahtb.) Wie aus Lille berichtet wird, ist dort gestern die gesamte Arbeiterschaft der Textilindustrie in den Streik getreten. Von insgesamt 62 000 Arbeitern feiern 54 000. Die Streikbewegung hat sich auf Roubaix, Tourcoing und Lannoy ausgedehnt. Der erste Streiktag ist vollständig ruhig verlaufen. Nirgendwo kam es zu Zwischenfällen. Der Streik ist lediglich wegen Lohnfragen zum Ausbruch gekommen.

Schutzpolizeibeamte verklagen ihre Regierung.

WTB Braunschweig, 17. Aug. (Drahtb.) Die entlassenen Beamten der Braunschweiger Schutzpolizei beauftragten ihren Rechtsvertreter, Klage gegen den braunschweigischen Landesfiskus zu erheben, weil kein Grund zur Entlassung vorliegt.

Handels-Nachrichten.

Amtliche Berliner Devisen-Kurse.

Für drahtliche Auszahlungen	16. August Geld Mk.	16. August Brief Mk.	17. August Geld Mk.	17. August Brief Mk.
Holland 100 Gulden	2882.10	2887.90	2717.25	2722.75
Belgien 100 Frk.	691.30	692.70	665.30	666.70
Norwegen 100 Kr.	1208.75	1211.25	1128.85	1131.15
Dänemark 100 Kr.	1434.45	1437.55	1438.55	1441.45
Schweden 100 Kr.	1998.20	2002.00	1873.10	1876.90
Finnland 100 finn. M.	133.85	134.15	129.60	129.90
Italien 100 Lire	361.60	364.40	369.60	370.40
England 1 Pfd. St.	344.15	344.85	319.65	320.35
Amerika 1 Dollar	90.90	91.10	85.41	85.59
Frankreich 100 Frk.	695.20	696.70	670.80	672.20
Schweiz 100 Frk.	1498.50	1501.50	1453.50	1456.50
Spanien 100 Pes.	1128.85	1131.15	1106.85	1111.15
Oesterreich 100 Kr. abgestempelt	— — 10.88	— — 10.62	— — 10.08	— — 10.32
Prag 100 Kr.	103.75	104.15	102.50	103.00
Ungarn 100 Kr.	22.77	22.83	22.57	22.63

GA Der heutige Börsenruhetag. Berlin, 17. Aug. (Eig. Drahtb.) Da man am heutigen Börsenruhetag bei den Banken versucht, die rückständigen Arbeiten zu erledigen, gestaltet sich naturgemäß der Effektenverkehr von Börse zu Börse nicht besonders lebhaft. Bei einem Teil der Banken schien das Publikum mit lebhaften Orders an den Markt zu kommen. Da die Vorgänge am Devisenmarkt in weite Kreise überraschend gekommen und noch durchaus unübersichtlich sind, war die Haltung abwartend. Im Devisenmarkt lagen bei ruhigem Verkehr die Kurse anfangs abgeschwächt, später jedoch trat eine Besserung ein, da sich der Markkurs in Neuyork nachbörslich von 1.07 auf 1.11¼ hob, bestand Neigung zu weiteren Abgaben. Es notierten im freien Verkehr: Holland 2760—2780—2800, London 324—29 bis 331, Neuyork 88½—89½—90, Paris 690—695—700, Schweiz 1465—1475—1520, Italien 390—398.

Züricher Schlußdevisen vom 17. August. Wechsel auf Berlin 655, Wien 0.70, Prag 690, Holland 184, Neuyork 593½, London 2163, Paris 4575, Italien 2565, Brüssel 4485, Kopenhagen 96½, Stockholm 134, Christiania 76½, Madrid 761¼, Buenos Aires 172, Budapest 150, Bukarest 710, Agram 310.

Neuyork. Eröffnungskurs der Mark vom 16. August 1.05—1.06.

Neuyork. Schluß vom 16. August. Amtlich Geld 5½, London Kabel 364.50, London 60 Tage 360.50, Paris 773, Amsterdam 3092, Berlin 1.07, höchster Markkurs 1.11, niedrigster Markkurs 1.05.

WTB Erhöhung der Preise für Eisenbleche. Berlin, 17. Aug. (Drahtb.) Der Eisenverband erhöhte den Preis ab 16. August von 925 auf 950 Mark für 100 Kilogramm.

Volkswirtschaft, Handel und Industrie.

Umgestaltung des Eisenwirtschaftsbundes.

Das Reichswirtschaftsministerium hat einen Gesetzentwurf zur Aenderung der Verordnung vom 1. April 1920 betr. Regelung der Eisenwirtschaft vorgelegt. Der Entwurf berichtet über die in der Vollversammlung des Eisenwirtschaftsbundes vom 23. und 24. April 1920 gestellten Abänderungsanträge, von denen die Gruppe II (Gewährung der in der Verordnung enthaltenen Befugnissen der Gesellschaftsindustrie betr. u. a. Einschränkung eines Teils des beitragenden Inlandsbedarfs, Befreiung der Erstübernahmepflicht, Beschlagnahmewürdigkeit einer gewissen Monatserzeugung, Befreiung der Einfuhrpreise für Schrott, Roheisen, Stahl und Walzwerkserzeugnisse aus Abgaben bei der Ausfuhr von Eisen-Halb- und Fertigfabrikaten, feste Höchstpreise für Schrott) zum großen Teile Gruppe III (Händlerinnen (verweiser Meter) einstimmig seitens des Reichswirtschaftsministeriums Berücksichtigung erwartet werden. Zu den Anträgen der Gruppe I, die eine Stärkung der Selbständigkeit des Eisenwirtschaftsbundes und zugleich eine Verbreiterung des Einflusses der Großeisenindustrie bezweckt — auch diesen Anträgen soll er z. T. selbständig verfügen können, bemerkt die Erläuterung oder Beschränkung der seiner Regelung unterliegenden Gegenstände, Aenderung der Gesamtzahl der stimmberechtigten Mitglieder oder der Verteilung, Einschränkung der Befugnisse zur Verteilung des beitragenden Inlandsbedarfs, Beschränkung der Einfuhr in seinen Gegenstand, Regelung der Ausfuhr von Eisen-Halb- und Fertigfabrikaten, Regelung der Einfuhr zum Schrott, Roheisen usw., Regelung der Schrottwirtschaft — hat der Reichswirtschaftsminister dahin Stellung genommen, daß das Zuschlandsrecht einer geheimen Gesetzmäßigkeit nur gewährt werden kann, wenn gleichzeitig den Verbrauchern, die in der Vollversammlung des Eisenwirtschaftsbundes 24 Stimmen hätten, gegenüber 24 Stimmen der Erzeuger und 12 Stimmen des Handels, eine Sperrung ihrer Einflusses, und zwar durch Einführung einer Stimmenzahl, die der Stimmenzahl der Erzeuger gleich ist, gewährt wird. Im allgemeinen soll der Regierungsentwurf unverändert gelassen werden.

Die Erfahrungen der ersten Tagungen des Eisenwirtschaftsbundes haben gezeigt, daß die Erzeuger, denen Interessen denen der Verbraucher in entscheidenden Fragen vielfach entgegengesetzt sind, in der Lage sind, einen überwiegenden Einfluß auf den Eisenwirtschaftsbund auszuüben. Die Stimmen des Handels sind unter Führung der Wirtschaftlichen Vereinigung der Eisenhändler Deutschlands in fast bisherigem Verhandlungen fast restlos auf die Seite der Erzeuger (Großeisenindustrie) getreten. Es erübrigt sich hiernach ohne weiteres, daß es auch für den Handel, dessen Gewinn sich prozentual dem Preis der gehandelten Erzeugnisse bemißt, dem Vorteil bringt, daß die Preise hochgehalten werden und andererseits kommt, daß zwischen gelernten Eisenerzeugnishändlern und Kreisen der Großindustrie enge finanzielle Beziehungen bestehen. Ebenso ist ein Teil der eisenverarbeitenden Industrie in seiner Entwicklung gegenüber den Interessen der Großeisenindustrie dadurch benachteiligt, daß sich ihre Werke in finanzieller Abhängigkeit von der Großeisenindustrie befinden. Hierdurch tritt der Einfluß der selbständigen, „freien" Verbraucher noch mehr in den Hintergrund. Auch wenn Mitglieder im Eisenwirtschaftsbund tatsächlich solche Verbraucher vertreten, welche das Eisen in unverbindlicher Form auf den Markt bringen und daher auch überschüssig an hohen Preisen von Eisen und damit auch von Eisenerzeugnissen ein gesteigertes Interesse hatten.

Darauf wird der Schluß gezogen: es kann eine größere Selbständigkeit des Eisenwirtschaftsbundes nur dann verantwortet werden, wenn dem Wunsche weiter Kreise entsprechend der Verbraucherstimmen innerhalb des Eisenwirtschaftsbundes wesentlich gestärkt wird.

Nach der neuen Fassung der Verordnung gemäß Artikel des Reichswirtschaftsministeriums erhält der Eisenwirtschaftsbund die Befugnis, die Preise bei den wichtigsten Regelung durch den Eisenwirtschaftsbund unterliegenden Erzeugnisse zu erweitern oder zu beschränken. Aber diese Befugnis ist von dem Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium abhängig gemacht. Im Beschwerdeverfahren entscheidet der Minister mit Zustimmung des Reichsrats nach Anhörung des Reichswirtschaftsrats endgültig. Das Gesetz soll sofort in Kraft treten.

Die Vollversammlung des Eisenwirtschaftsbundes hat jetzt wieder 72 ständige und 24 nichtständige Mitglieder gewählt, und zwar 24 Mitglieder der Erzeugung, 12 des Handels, 12 der weiterverarbeitenden Gewerbe, 12 der Verbraucher. Innerhalb dieser vier Gruppen sind Unternehmer und Arbeitnehmer in gleicher Zahl vertreten.

Der Eisenwirtschaftsbund und das Reichswirtschaftsministerium können in beiderseitigem Einvernehmen die Stimmzahl der Stimmen ändern oder anders verteilen. Die Gewerkschaften wird wie bei den Erzeugnissen Gruppe (Eisen) herangehen. Welche Beschlüsse in beiderseitigem Einvernehmen die Reichsregierung, deren Vertreter als beratende Mitglieder zu gelten hat, und selbst die ganz besondere Zustimmung zu erteilen hat, und selbst die ganz Versagung zu befolgen Deckungsmaßnahmen soll. Gewerkschaften entscheiden darauf das Reichswirtschaftsministerium nach Anhörung des Reichswirtschaftsrats. Die Lieferungsgemeinschaften regeln die Lieferungsbedingungen einzelnen Wesens unter verbindlichkeitsmäßiger Beteiligung des dringenden Eigenbedarfs und sehen die Preise für die Ausführung der Einzelkäufen fest. Das Reichswirtschaftsministerium setzt nach Anhörung der Vollversammlung oder des zuständigen Ausschusses des Eisenwirtschaftsbundes Höchstpreise für die Ausfuhr fest und regelt ebenso die Ausfuhr von Erzeugnissen und Fertigfabrikaten, ebenso die Eisenwirtschaft und nötigenfalls Verteilung des Gesamtverlust. Die Geldstrafe bis zu Zuwiderhandlungen 16 ist verdoppelten, höchste Geldstrafe 500 000 Mark und einjährige.

Die Gefahr der Besteuerung nach dem gemeinen Wert.

Von Hanse-Syndikus Heid und Hamburg schreiben:

Nach den vom Reichskabinett vorgeschlagenen Bewertungsvorschriften für die neuen Vermögenssteuern sollen künftig die zum Handels- oder Betriebsvermögen gehörenden Vermögensobjekte nach dem gemeinen Wert zur Steuer herangezogen werden. Das Reichskabinett geht in seiner Absicht, die „Sachwerte" in vollem Papiermarkwerte, der doch nur bei einer Veräußerung in die Erscheinung tritt, zu besteuern, einen Weg, der zur Vernichtung unserer Wirtschaft führen muß. Die Reichsregierung will also die früheren Entwertung berücksichtigen, um zu den heutigen Papierwerten zu kommen, und auf Grund dieser Papierwerte die Vermögensabgaben berechnen. Daneben sollen zum Beispiel Wohnhäuser, deren Ertrag heute von den mündlichen Mietsätzen und den sonstigen Lasten übertroffen wird, zu dem rein fiktiven Papierwert zur Steuer herangezogen werden.

Soll wirklich die Regel sein, daß ein Rentner von seinen Ersparnissen, die er vor dem Kriege im Vertrauen erworben hat und daß heute einen „Wert" von 200 000 Papiermark hat, der seine Existenz sichert und garantiert werden könnte, mit 200 000 Mark zur Vermögenssteuer herangezogen werden? Wie soll der Besitzer eines solchen Hauses die Abgabe bezahlen? Ist es nicht Dilettantismus, dieser Gruppe und dem Wege zu gehen, indem man sie offenlichtlich? Die amtliche Bekanntmachung sagt: „Der Entwurf will aber jeden Zwang zu wirtschaftlicher Abgabe vermeiden, es bleibt der eigenen, wirtschaftlichen Entschließung überlassen, in welcher Weise der Steuerpflichtige die Vermögensabgabe nicht und soweit Einkünften mögliche Steuerlast abwälzen will." Es ist weiter zu sagen: „Soll etwa der Unterschied von 60 000 Goldmark zu 200 000 Papiermark als „Vermögenszuwachs" weggesteuert werden?" Auch der grundsätzlichen Annahme des gemeinen Wertes müssen wir widersprechen. Soll der Fabrikant seine Maschinen zum gemeinen Wert in die Vermögensdeklaration aufnehmen? Eine Maschinenanlage mit einem Friedenswert von 20 000 Goldmark hat heute möglicherweise auch im Zustande fortgeschrittener Abnutzung einen Papierwert von 200 000 Mark. Ist das nun steuerpflichtiger Vermögenszuwachs? Im nächsten Jahr muß vielleicht, um den Betrieb den technischen Erfordernissen entsprechend aufrechterhalten, die Maschinenanlage mit einem Aufwande von 800 000 Mark erneuert werden. Woher soll der Fabrikant das Geld nehmen, wenn man sein ganzes Betriebskapital, einschließlich aller Reserven, zum gemeinen Wert steuerlich bereits erfaßt hat? Hat eine solche Steuerpolitik einen Sinn, nachdem unter dem Druck der Geldentwertung die Notwendigkeit der Steuerungsfonds wenigstens für die Einkommensteuer auch vom steuerlichen Standpunkte aus anerkannt ist?

Nach der Bekanntmachung der Regierung sollen für die Dauer von 15 Jahren besondere, der Geldentwertung angepaßte Bewertungsgrundsätze gelten mit dem Ziel, die Sachwerte „voll und ganz in entsprechender Weise zur Abgabe heranzuziehen". Bei dem Betriebsvermögen soll insbesondere auf Gewinn und Umsatz des Unternehmers Rücksicht genommen werden. Das alles soll aber nicht durch Gesetz, sondern durch Verordnung des Finanzministers geregelt werden, die dann natürlich jederzeit vom Minister eigenmächtig abgeändert werden kann. Eine derartige Rechtsunsicherheit in der Besteuerung ist aber nicht verträglich mit geordneter Volkswirtschaft. Die gesetzgebenden Körperschaften dürfen gesetzgeberischen Schwierigkeiten nicht dadurch aus dem Wege gehen, daß sie die Schaffung neuen Rechtes in wesentlichen Punkten den Verwaltungsbehörden überlassen.

Der Hansabund verlangt dringend das Festhalten an dem bisher bestehenden Bewertungsverfahren, daß heißt, es ist für den Grundbesitz grundsätzlich von dem Ertrage auszugehen, den er erbringt, für die Betriebsanlagen 12 bezogen festgehalten an dem in Anregung 120 der Abgabenordnung ausdrücklich angenommenen Bewertungsgrundsatz „Anschaffungswert abzüglich angemessener Abnutzung". Es sind nur solche Steuern mit der Privatwirtschaft vereinbar, die aus dem Ertrage erzielt werden können. Jede andere Steuerpolitik führt zur Verschleuderung des Volksvermögens. Um Steuern zu zahlen, müßten somit schließlich die Anlagewerte verkauft werden. Besitzen kann sie, da ja jeder Deutsche der gleichen Steuerlast unterliegt, nur der kapitalkräftige Ausländer. Der andere Weg: Die Ueberlassung von Vermögensteilen in die Hand des Reiches — Goldwertdepotschein, Industrieaktien usw. — würde aber einen so kostspieligen Verwaltungsapparat erfordern, daß der Ertrag der Steuern im wesentlichen von der Verwaltung verschlungen würde. Dieser Weg ist praktisch ungangbar. Der Finanzminister darf kein „Sozialisierungsministerium" sein, wie Erzberger es seinerzeit in seiner ersten Finanzministerrede vor der Nationalversammlung für sich beanspruchte.

Das Gründungsfieber im Versicherungswesen.

Es vergeht kaum eine Woche, ohne daß das Gründungswesen im Versicherungsgewerbe weitere Fortschritte macht. In Düsseldorf plant man die Neugründung einer Versicherungs-Aktiengesellschaft unter dem Namen Lloyd-Versicherung, in Dortmund soll eine Transport-Versicherungs-Gesellschaft „Rheinland und Westfalen" mit einem Kapital von drei Millionen Mark gegründet werden, in Frankfurt am Main ist eine G. m. b. H. unter dem Titel „Germanialand", Transport-Versicherungs-G. m. b. H., mit dem ganz ungenügenden Kapital von 100 000 Mark ins Leben gerufen worden, und ein Bremer Konsortium, der schon in verschiedenen Versicherungs-Gesellschaften engagiert hat, soll in der nächsten Zeit in Bedürftig eine Mittelrheinische Versicherungs-Gesellschaften zu errichten beabsichtigen. Nicht weniger als rund hundert neue Versicherungs-Gesellschaften sind in den letzten zwei Jahren in Deutschland entstanden. Deutschland droht damit dieselbe Entwicklung durch, welche auch in den umgebenden Ländern zu beobachten war, dort aber zum Teil schon ihr Ende erreicht hat. In Holland ist bereits etwa ein Dutzend neugegründeter Gesellschaften in Konkurs gegangen, abgesehen von der in Schwierigkeiten geratenen alten holländischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft „Nederland" in Zeist. In Skandinavien, Spanien, Italien und Griechenland ist die Zahl der zusammengebrochenen Kriegsversicherungen noch größer. Die Preise sind in allen Ländern wiederholt zur Vorsicht gemahnt und auf dem unvermeidlichen Niedergang dieser Konjunktur hingewiesen. Die Zahlungsfähigkeit der in Deutschland neugegründeten Versicherungs-Gesellschaften lassen in den überwiegenden Fällen erkennen, wie dringend das Bedürfnis nach Mitteln ist, die bei der Gründung aufgebrachten Mittel gestärkt sind, und die entsprechenden Reserven sind noch so ungenügend, daß bei der im allgemeinen beobachteten Konkurrenz sich das Ende dieser Gesellschaften mit mathematischer Sicherheit voraussehen läßt. Hat ja selbst eine ganze Reihe älterer Gesellschaften im Jahre 1920 nur Gewinne ausgewiesen, die noch nicht einmal den Betrag der Zinsen ihres Vermögens erreichen. Ein Blick auf ihre Reserven beweist, daß sie nicht allzu Dividenden verteilt haben, denn leider sind die Reserven nicht gewachsen, sondern zurückgegangen. Die im Jahre 1899 gegründete Nordd. Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg, eines der führenden Versicherungs-Unternehmen in Deutschland, tritt mit einem Nettoverlust von 1½ Millionen Mark vor ihre Aktionäre, nachdem ihre früher angesammelten Reserven bereits auf das stärkste herangezogen worden, um den Betrieb auf diese Zahl durchzuhalten. Die ihr verbundene Hanseatische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft und Nordwest-Deutsche Versicherungs-Gesellschaft werden zur Deckung ihrer Verluste die Heranziehung ihres Kapitals vornehmen müssen. Besonders im Feuer-Versicherungs-Geschäft ist neben der Höhe der Prämien und wegen der vom Reichsaufsichtsamt genau kontrollierten Reservestellung die Gewinnmöglichkeit für eine neue Gesellschaft in den ersten Jahren so gut wie ausgeschlossen. Man wird sich vielleicht noch erinnern, daß die Düsseldorfer Feuerversicherungs-Gesellschaft im Jahre 1912 nach Hamburg verkauft werden mußte, nachdem sie einige Jahre bestanden hatte und beim Aufbau ihres Geschäfts ihre Betriebsmittel aufgezehrt hatte. Die sie aufnehmende Hamburger Gesellschaft hat bis heute auch nur mäßige Resultate zu erzielen vermocht.

In Ergänzung unserer Notiz vom 6. dieses Monats teilen wir in diesem Zusammenhange noch mit, daß, wie wir hören, das Bankhaus B. Simons & Co. in Düsseldorf von einer Beteiligung an der geplanten Gründung der Düsseldorfer Lloyd-Versicherungs-Aktiengesellschaft Abstand genommen hat.

Lohnbewegungen.

Zur Beilegung des Eisenbahnerstreiks im Bezirk Kassel. Wie schon heute morgen gemeldet, ist der Ausstand der Eisenbahnarbeiter nach Verhandlungen mit den Vertretern des Reichsverkehrsministeriums und den Vertretern der Arbeiterorganisationen beigelegt worden. Im alten Betriebsverhältnissen der Betriebsbahnhöfe im Direktionsbezirk Kassel ist die Arbeit heute morgen um 6 Uhr wieder in vollem Umfange aufgenommen. Streikende waren 21 000 Arbeiter in den Ausstand getreten. Die Bedingungen des Reichsverkehrsministeriums wurden von den Vertretern der drei Großorganisationen angenommen. Die Streikkasse wurden nicht bezahlt, dagegen sollen alle Ausständigen wieder eingestellt werden. Die Forderung der Arbeiter, den Tagelohn der Betriebsarbeiter dem Stundenlohn der im Gedinge arbeitenden Handwerkstättenarbeiter durch eine Lohnzulage mit rückwirkender Kraft auszugleichen, wurde grundsätzlich abgelehnt, dagegen zugesagt, die geplanten allgemeinen Besserungsmaßnahmen zugunsten der Beamten und Arbeiter möglichst zu fördern und die Frage zu prüfen, wie bei Einführung des Gedingeverfahrens die wirtschaftlich darauf beteiligten Arbeiter zu entlohnen seien. Nach Abschluß der allgemeinen Teuerungsmaßnahmen soll eine Prüfung der lohnwirtschaftlichen Verhältnisse des Bezirks, unter besonderer Berücksichtigung des Direktionsbezirks Kassel, vorgenommen werden, da der ganze Direktionsbezirk nicht mehr nach seiner Verhältnissen eingestellt ist und dadurch vielfach den Stundenlohnarbeitern niedrigere Löhne gezahlt worden sind, als von der Industrie gewährt werden.

TU Metallarbeiterbewegung in der Provinz Sachsen. Halle, 16. Aug. In einer gestern abgehaltenen Metallarbeiterversammlung wurde der Beschluß gefaßt, kommenden Freitag in der Provinz Sachsen den Ausstand zu proklamieren, falls bis Donnerstag nachmittag von den Arbeitgebern in der Lohnfrage keine befriedigenden Zugeständnisse gemacht worden sind.

Arbeitsmarkt.

MTB Vom Kölner Arbeitsmarkt. Köln, 16 Aug. Bei der Kölner Industrie weitere Einstellungen am Arbeitsmöglichkeiten und Einführung von Kurzarbeit in der Berichtswoche vom 4. bis 10. Aug. erfolgen mußten. Allgemein gingen die Aufträge in der Metallindustrie zurück. Im Baugewerbe besteht noch wie vor rege Nachfrage nach Facharbeitern. Allgemein hat sich das Zahl der Stellensuchenden gegen Anfang des Monats um rund 200 erhöht, während die Zahl der Erwerbslosen-Unterstützungs-Empfänger die gleiche geblieben ist.

Die Erwerbslosigkeit im Mansfeldischen Industriebezirk. Hermsdorf-Klosterlausnitz, 16. Aug. Im Mansfeldischen Industriebezirk ist die Zahl der völlig Erwerbslosen auf 21 Personen zurückgegangen. Dagegen befinden sich 6 weibliche Arbeitslose. Die größte Zahl der Erwerbslosen weist die Eisen- und Metallindustrie auf. Die Schuhindustrie hat überdacht seine Arbeiterschaft.

Aus der Industrie.

(z) Die Aufhebung der amtlichen Ausfuhrprüfungsstelle für Stahlwaren in Solingen wird von weiten Kreisen der Industrie schon seit einiger Zeit gefordert. Die Ausführvorschriften, die viel zu spät kamen, als an ein Vorsichtsbetrieb der Waren überhaupt nicht mehr zu denken war, haben gezeitigt bewirkt, daß Auslandsbestellungen der Solinger Stahlwarenindustrie vielfach gegangen sind. Der Ruf nach Aufhebung auch dieses Zweiges der Ausfuhrbeschränkung wird immer lauter. Eine Zusammenkunft aller Handelskammervertreter der Stahlwarenindustrie einzuberufen, von der man annimmt, daß sie gleichfalls sich für die Aufhebung der Prüfungsstelle aussprechen wird. Ob und bei Bad, so werden die Tage der Prüfungsstelle gezählt sein.

Aufsummierung deutscher Eisenbahnfahrzeuge. Die Firmen, haben sich die vier Schmalspurlokomotiven Orion & Hutz in Oberursel (Taunus), Meier & Weinhardt in Hellbronn, H. Gundlach in Bingerbrück und H. Walther & Co. in Braunschweig, M.-Oberrad unter der Firma Gemeinschaft deutscher Schmalspurlokomotivfabriken G. m. b. H. in Frankfurt a. M. zusammengeschlossen. Der Umstand, daß es einer einzigen Fabrik nicht möglich ist, die große Zahl der für die Schmalspurbahnen in Betracht kommenden Maschinen rationell zu liefern, spricht für die Notwendigkeit, daß nur in der sachlichen Spezialisierung die Zukunft der Industrie liegt, werden die Hauptinteressenten dieses Zusammenschlusses.

Fusion der Maschinenfabriken Siemens-Schuckert. Die beiden ehemals deutschen Maschinenfabriken C. Siemens & Sohn A.-G. in Dresden und Dynamowerke Maschinenfabrik früher C. Schuckert in Nürnberg sind, wie berichtet wird, verschmolzen worden. Das Unternehmen ist mit den gesamten Aktien und Rechten in den Besitz der Siemens-Schuckert-Unternehmungen übergegangen; die Aktionäre von Siemens & Sohn erhalten für eine alte Aktie drei neue der Siemens-Schuckert-Gesellschaft, wodurch mit 18 Millionen erhöht, die von der Deutschen Bank-Konsortium übernommen wurden unter der Bedingung, daß weiteren Aktionäre auf drei Aktien eine neue zugeteilt zum Kurse von 170. Mit der Fusion wurde eine Kapitalerhöhung, daß gegenwärtigen Unternehmens vorgenommen, daß jetzt 360 Millionen betragen. Die Gesellschaft Siemens-Schuckert, Siemensstadt bei Berlin, Nürnberg, Elektrische Bahnbedarf A.-G., Nürnberg, Elektrische Licht- und Kraftanlagen, Nürnberg, Siemens, Halske A.-G., Berlin, Elektrische Bahnen A.-G., Berlin, Siemens-Bauunion, Berlin, Siemens-Schuckert-Werke, Berlin, Siemens-Schuckert-Werke, Siemensstadt bei Berlin, Siemens-Schuckert-Werke, Nürnberg

Verlobt.

Ilse Bondi Hirsch

Lehr-Lokal.

Herrichstraße.

Junge Dame

Karbid

Ich liefere

Bassanzeigt

Ewald Wenzel

Geschlechtsleiden

Größte Neuheiten

Preis-Blatt

Lager-Raum

Wochenschau

Walter Hollstein

Bremen-U.,

Eisenmöbel-Metalle.

Metall- u. Eisenbetten.

Ganze Fabrikeinrichtungen auf Abbruch.

Fernsprech- u. Signal-Anlagenbau A.G.

Apparate und Anlagen für Post- und Hausverkehr.

Fernsprech- u. Wächter-Kontrolluhren.